

Politik *heute*

Nachrichten aus Politik und Wirtschaft

Grün regiert: Strompreise und Auslandsabhängigkeit werden weiterhin steigen

Oberösterreichs Grüne haben im schwarz-grünen Koalitionsvertrag wie schon bisher auch künftig einen Freibrief für ihre „Energiewende“ ausgehandelt. Allen anderen Energieträgern voran will Ansober in Oberösterreich 100.000 m² Solardächer realisieren. Um das zu erreichen, müsse die Förderung für Solarstrom dem deutschen Niveau angeglichen werden. In Deutschland wird jeder Arbeitsplatz der Solarindustrie mit jährlich über 153.000,- Euro subventioniert, die selbstverständlich Strombezieher und Steuerzahler berappen müssen.

Daß Solarstrom das 11-fache im Vergleich zum Strom etwa aus dem Wasserkraftwerk Lambach kostet, verschweigt man diskret. Die ebenfalls in den letzten sechs Jahren von den Grünen - auch mit fragwürdigen Umfragemethoden - forcierte Windkraft soll weiterhin ausgebaut werden. Der Strom aus Windkraft kostet allerdings das 30- bis 40-fache im Vergleich zur Wasserkraft.

Der bereits in den letzten sechs Jahren der grünen Energiepolitik ausgestellte Freibrief wurde somit für die nächsten sechs Jahre verlängert und der weiteren Erhöhung der Stromkosten, Steuern und Auslandsabhängigkeit sind keine Grenzen gesetzt.

Nachhilfe-Kurse für die Polizei

Am 1. Mai gab es in Linz eine Demonstration der kommunistischen Partei mit zahlreichen verummten Teilnehmern. Wer sich verummmt, will bei einer Straftat nicht erkannt werden. Verummung ist daher der Beginn einer Straftat und zu Recht verboten. Als die Polizei einschritt, kam es zu tätlichen Auseinandersetzungen, wobei sich auch der Vize-Rektor der Kunstuniversität bemüßigt fühlte, auf Seite der Kommunisten einzugreifen.

Der aktuelle Stand: Vier Freisprüche, darunter der Vize-Rektor, ein Verfahren wurde eingestellt, eine Verurteilung ist noch nicht rechtskräftig. Die Veranstalter erstatteten gegen die Polizei Strafanzeige wegen ihres unangemessenen Einschreitens. Das Ergebnis dieser Anzeige ist noch offen. Einmal mehr stellt sich die Frage, warum die Kommunistische Partei, deren blutige Ideologie vielfach mehr Todesopfer forderte als die Verbrechen der braunen Sozialisten, nicht verboten wurde.

In Niederösterreich wurde ein 14-jähriger Einbrecher, der Polizei bereits einschlägig bekannt, von einem Polizisten erschossen. Ein Mittäter wurde durch einen Schuß verletzt. Warum ist ein 14-jähriger um 2 Uhr nachts nicht daheim bei seinen Eltern - wird auch gegen diese ermittelt? Oder gilt sein Verbrecher-Kumpane als Begleitung, dann darf er sich mit Einwilligung seiner Eltern die ganze Nacht herumtreiben.

Nun ermittelt der Staatsanwalt gegen den Polizisten, der den tödlichen Schuß abgab. Wie eine Tageszeitung berichtete, könnte der Staatsanwalt durchaus auch Anklage wegen Mord erheben.

Betrachtet man diese beiden Fälle, stellvertretend für viele andere, zynisch, dann sollte man alle Polizisten zu Kursen verpflichten, in denen sie das „Wegschauen“ lernen: Nichts sehen, nichts hören, nichts sprechen. Dann können ihnen solche Ungeheuerlichkeiten erst gar nicht passieren. Doch Zynismus ist hier nicht angebracht, es muß endlich klare Richtlinien für die Exekutive und die Justiz geben. Verbrecher müssen wissen, daß die Polizei nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht hat, bei Widerstand und Flucht auch die Schußwaffe einzusetzen. Mit der derzeitigen Handhabung der Gesetze wird der Rechtsstaat zur Farce.

Arigona Zogaj
Das Schmierentheater geht weiter

Europäischer Gerichtshof
als Handlanger

Obamas Kniefall

Verteidigungsminister:
Deutschland im Kriegszustand

1,2 Millionen für einen
Steinigungsbefürworter

Politik versagte bei Quelle

Europa forciert Kernkraft

Manche Politiker haben die Gefahr spät, aber endlich doch erkannt, die die Abhängigkeit von Erdgas aus Rußland für den ganzen Kontinent bedeutet. Rußland hat Europa bereits auf neuerliche Liefer-schwierigkeiten bei Erdgas im kommenden Winter vorbereitet. Das heißt, die EU, die Steuerzahler, werden wieder Milliarden für die Gas-Schulden der Ukraine an Rußland übernehmen müssen.

Italien, die Schweiz, Frankreich, England und Finnland, wo bereits ein neuer Kernreaktor im Bau ist, forcieren jetzt den Bau neuer Kernkraftwerke.

Belgien verschiebt den Ausstieg aus der Kernenergie, Deutschland führt einen Eiertanz um den Ausstieg auf, da es keine Möglichkeit gibt, den Stromausfall nach Schließung der Kernkraftwerke zu ersetzen. Österreich faselt von einem „Atomfreien Europa“ und verschleudert jährlich viele Steuermillionen für den Kampf gegen Temelin, verschweigt aber, daß wir nur durch die Importe aus Kernkraftwerken - auch aus Temelin - von Zusammenbrüchen unseres Stromnetzes bewahrt werden und belügt die Menschen, wir könnten energieautark werden.